

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-63155](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-63155)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 28. December 1849.

N^o 104.

Gedanken eines Deutschen

in Veranlassung Nr. 99. des „Oldenb. Volksfreundes“ vom 12. Decbr. 1849 S. 409 und 410.

Im Jahre 1813 erhob sich das deutsche Volk, um Fesseln abzustreifen, in welche es von fremder Uebermacht gelegt war. Es vernichtete in Leipzigs Ebenen die monströse Macht des großen Mannes, dem außer seinem eminenten Genie die Fehler seiner Feinde — eine falsche Staatskunst und ein tadelnswerther Particularismus — in seiner Unternehmung gegen Deutschland leichtes Spiel gemacht hatte. Es glaubte damals, daß ihm eine glückliche Zukunft bevorstehe, und außer dem Drucke, dessen es sich glorreich entledigt, ein anderer nicht existiren könne.

Schon in der nächsten Folgezeit aber fand es sich schmerzlich getäuscht. Noch mußten seine Großthaten in frischem Andenken sein, noch flossen vielleicht manche Thränen über die auf dem Bette der Ehre Gefallenen, als eine engherzige Politik sich schon geschäftig zeigte, den Rechten einer hochherzigen Nation möglichst enge Schranken zu setzen. Ihr Bestreben vermehrte sich im Fortgang der Zeit. Ihr Plan, eine politische Unmündigkeit des Volks herbeizuführen, es wie eine willenlose Herde zu behandeln, seinem Rechte keine Achtung zu gewähren, würde für immer gelungen sein, wenn nicht im Schooße eben dieser Nation, welche im Jahre 1813 die Throne wiederhergestellt hatte, auf welchen des Weltensiegers eiserne Macht lastete, im März 1848 gleich einem Geistes-Frühling eine politische Bewegung ausgebrochen wäre, die der wahrhaft Deutsche nur freudig begrüßen konnte. Die Diplomatie ahnte das Bevorstehen einer solchen Bewegung, sie fühlte ihre hohe Bedeutung, indem eben die Bundesversammlung, welche sich bisher namentlich nur mit Bührenverboten, mit Unterdrückung des Druckes von Zeitschriften beschäftigt, nach

allen Seiten hin Mißtrauen gegen die Gesinnungen des Volks zu erkennen gegeben, im Jahre 1819 eine Central-Untersuchungs-Commission — von einem geistreichen Franzosen „*oissil epouvantail d'inquisition*“ genannt — gestiftet, allen Beschwerden des deutschen Volkes das Gehör verweigert hatte. — sich am 1. März 1848, also nach Ablauf von mehr als 31 Jahren, zum erstenmale an das deutsche Volk, und zwar „vertrauensvoll“ wandte und eben dadurch zeigte, daß sie Thatkraft in diesem Volke anerkenne.

Diese politische Bewegung eines Volkes, welches durch sein Genie und seine Literatur über alle Völker Europens hervorrage, das Knechtschaft verabscheut, weil es der Freiheit sich würdig fühlt, kann also nimmer verdächtigt werden. Sie verdächtigen wollen, verräth entweder die größte Ignoranz, die perfideste Bosheit oder eine bedauerliche Geisteskrankheit.

Leider ist diese Verdächtigung nicht unterblieben, indem man z. B. in Nr. 99. des s. g. Volksfreundes die Annahme liest, welche dieses Erwachen eines edlen Selbstgefühls eine politische Epidemie nennt, seine Verbreitung mit der einer asiatischen Pest vergleicht, und die Erklärung hinzufügt, daß Viele, welche dies schöne Gefühl theilen, sich zur Aufnahme in eine Anstalt eignen, deren Verbesserung und Vermehrung vor einigen Jahren von einem Kenner beleuchtet worden ist.

Eine solche, von ihrem Urheber nicht bewiesene, überdies einer Begründung überall nicht fähige Behauptung zeugt von Irrsinn, ohnedies aber von Mangel an Ueberlegung oder der beklagenswerthesten Wohlthuererei, während man aus Schonung einer Meinung sich enthalten will, welche Ursache anzunehmen ist.

Begreiflicherweise giebt es an jedem Orte Personen, welche für diese politische Bewegung sympathisiren, ihr einen befriedigenden Ausgang wünschen, und die Mittel zu diesem Zwecke zum Gegenstande ihres Nachdenkens

machen. Alle wünschen die Eintracht Deutschlands, verfassungsmäßige Freiheit, Alle hassen den Absolutismus, Alle suchen die Wiederkehr dieser Hydra unmöglich zu machen! Alle wollen nur Deutsche, ein einzig Volk von Brüdern sein, und die schmählischen Unterschiede entfernt wissen, welche man unter ihnen als Rechtssubjecte zu machen geneigt sein dürfte, je nachdem sie diesem oder jenem deutschen Staate angehören.

Zeugt dies Gefühl, zeugt dieses Nachdenken, solches edle Ziel zu erreichen, von Irrsinn? — Nur der Wahnsinn selbst kann es bezagen!

Welcher würdigere Gegenstand des Nachdenkens kann dem Deutschen sich darbieten, als der über die Mittel der Eintracht Deutschlands! Ihren Mangel wünschte schon der Römer Tacitus in den sinnsschweren Worten „Maneat — odium sui“. Die Verderblichkeit dieses Mangels lehrt die spätere Geschichte. Die Deutschlands tiefste Erniedrigung bekundenden Verhandlungen des Congresses zu Raftadt zeigen die bejammernswerthen Folgen früherer Zwietracht. Eben dieser Mangel an Eintracht hat in neuester Zeit unsern westlichen Nachbarn ihrem großen Kaiser den Einzug in unser Vaterland erleichtert, und würde ihn vollends zum Herrn desselben gemacht haben, wenn nicht die Tapferkeit und der geniale Sinn des deutschen Volkes ihm entgegen getreten wäre. Eben dieser Mangel an Eintracht lockte im vorletzten Jahrhundert fremde Völker in das Herz von Deutschland; ein darauf folgender, seine politische Schwach bekundender Friede riß zu Gunsten dieser Völker kostbare Provinzen von ihm ab, und nöthigte unsere Vorfahren, an diese Fremdlinge, die sich obnedies auf ihre Kosten ernährt hatten, außerdem Millionen an Kriegskosten zu zahlen!!

Das Nachdenken über die Mittel, diese Eintracht zu bewirken, wäre ein Zeichen von Irrsinn? Nur der Wahnsinn selbst kann eine so grundlose Behauptung aufstellen!

Daß diese Eintracht auf verschiedenem Wege gesucht wird, darf so wenig befremden, als es auffallen darf, wenn irgend eine Meinung nicht zur Ausführung gelangt, weil sie auf sanguinischen Hoffnungen beruht. Auch eine solche Meinung erprobt eine Reinheit des Willens, ein ihrem Urheber zur Ehre gereichendes Nachdenken, also — kein Symptom von Irrsinn! Kann namentlich die Meinung, daß ein Bündniß mit Preußen abzulehnen sei, spöttischen Tadel finden? Kann sie es, wenn sie auch theilweise nur durch die Erinnerung an die frühere Politik dieser Macht sich bestimmen ließe, wenn sie des Fürstenbundes im Jahre 1785, des Baseler Friedens im Jahre 1796, der Geschmeidigkeit seiner Regierung gegen Napoleon, seines Benehmens im Jahre 1803 zur Zeit

der französischen Invasion des damaligen Kurfürstenthums Hannover, seiner spätern Besignahme desselben, der angeblüchten Aeußerung Napoleons über die Gründe seines Hasses gegen Preußen, kurz der frühern Staatskunst sich erinnert, die nur Sonderinteressen verfolgte. Daß Preußens Volk zur Vernichtung der französischen Kriegsübermacht wesentlich mitgewirkt hat, ist allerdings eine dankbar anzuerkennende Thatsache. Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, daß eben eine frühere falsche Politik seines Cabinets den Franzosen Gelegenheit gegeben hatte, ungestraft und ohne Schwierigkeit in Deutschland einzudringen, und den Nerv seiner Macht zu tödten.

Es diene endlich dem Verfasser des fraglichen, aller eleganten Diction entbehrenden, sich über gewöhnliche Schreibart nicht erhebenden Artikels zum Bescheide, daß seine Angabe:

wonach in dem namhaft gemachten Orte des Kreises Cloppenburg ein Theil der Einwohner sich einbilde, wirklich nationale Oesterreicher zu sein, während andere sich für echte Preußen halten,

eine grobe Unwahrheit enthält. Die Meinungen der Einwohner sind in Betreff der Frage über den Anschluß an Preußen getheilt! Nur diese Verschiedenheit ist die äußere Erscheinung! Schließlich trägt die Anheimgabe an die Mitglieder des Landtags, die „Krankheit“ (!) zu studiren, und demnächst über ihre Abhülfe zu berathen, das augenscheinlichste Gepräge einer auffallenden Unkunde, denn — seit wann gehört die medicinische Polizei zu den Geschäften eines Landtags?

Wer allernächst Gegenstand der Aufmerksamkeit dieser Polizei sei, mag der Unbefangene nach der obigen Entwicklung ohne Mühe selbst entscheiden.

Die Oldenburger Zeitung,

welche bisher sich fast lediglich auf das Referiren von Thatsachen beschränkte, in den Fällen aber, wo die Redaction Gelegenheit nahm, mit ihren eigenen Ansichten hervorzutreten, zur Ehre des Blattes sei es gesagt, auf der Linken, d. h. auf Seite des Volkes stand, kündigte in einer der neuesten Nummern der Oldenburgischen Anzeigen an, sie werde von Neujahr 1850 an in größerm Format erscheinen, werde Inserate aufnehmen &c. Wahrscheinlich wird die Oldenburger Zeitung diesen Schritt gethan haben, um das Publikum auf sich aufmerksam zu machen und ihren Leserkreis zu vergrößern, und dieses können wir nur billigen. Diejenigen Zeitungsleserlustigen nun, welche noch unentschieden sind, ob sie auf das genannte Blatt abonniren wollen oder nicht, machen wir auf den Artikel: „A Oldenburg, 22. Dec.

(die Aenderung des Wahlgesetzes) in seiner Nr. 152. vom 25. Dec. aufmerksam. Wir ertheilen nicht allein im Interesse der heiligen Sache des Vaterlandes, sondern auch, durchdrungen von den besten Wünschen für das Wohlergehen und Wachsen der Oldenburger Zeitung, den Rath, diese ausgezeichnete Nummer an sämtliche lesekundige oder hör- und begriffsfähige Volksmitglieder unseres gesegneten Landes unentgeltlich zu vertheilen, und wir leben der festen Ueberzeugung, daß derselben in geziemender Anerkennung ihres Strebens nicht allein einige Duzend Bürgerkronen werden überreicht werden, sondern daß auch aus allen 7 Kreisen und den beiden Provinzen des Oldenburgischen Gesamtstaats eine solche immense Abonnentenzahl wird angeströmt kommen, daß kaum zwei Dampfpressen genügen werden, um diese patriotische Leselust zu befriedigen!

Was enthält denn dieser merkwürdige Artikel der bisher auf der Linken gestandenen Oldenburger Zeitung? — fragt der neugierige Leser.

Nachdem er die Offenheit des Ministeriums bei seinem Hervortreten in Rücksicht des Wahlgesetzes gelobt und dasselbe aufgefordert hat, seine ministerielle Thätigkeit in gleicher Weise fortzusetzen, erzählt er dem stammenden Leser, dieser Schritt der Staatsregierung sei nicht allein in der Stadt Oldenburg, „dem Sammelplatz so vieler bewährten, einsichtigen und freisinnigen Kräfte“, sondern auch auf dem Lande allerseits **überaus günstig** aufgenommen. Wer ein Auge und Ohr für die wühlerischen Bestrebungen, für den Handel mit Abgeordneten gehabt habe, der werde gestehen müssen, daß durch diesen Schritt gerade die wundeste Stelle in unserm constitutionellen Leben geheilt sei, und mit diesem Eingekändniß sei auch die Dringlichkeit zugegeben. Nur auf diesem Wege habe die Staatsregierung sich ein wahrhaftes und richtiges Organ des Volkes verschaffen können, (wir erinnern noch einmal daran und der Leser vergesse es nicht, daß die Oldenburger Zeitung bisher auf der Linken stand) und gerade der auf diesem richtigern Wege gewählte Landtag sei am meisten geeignet, um ein entscheidendes Urtheil über die Aenderung des Gesetzes abzugeben. Die Staatsregierung sei zu dieser Aenderung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet — das Wahlrecht selbst werde nicht dadurch beschränkt. (Wie nativ!)

Darauf fragt der A. Correspondent, wie die neuen Wahlen ausfallen werden — und hofft das Beste! (Wer lacht da?) Er hofft, endlich einen Landtag zu erhalten, mit dem die Staatsregierung bei dem besten Willen und Eifer aus der Stelle kommen und die noch un-

entwickeltesten Freiheiten ausbauen kann. Er hofft dies jedoch nur dann, wenn die vielen tüchtigen Kräfte sich regen, welche bisher durch ihren Schummer der **wühlerischen (!) Partei** (die Oldenburger Zeitung stand bisher auf der Linken !!) den Sieg so leicht machten. Nur rege Theilnahme an den Wahlen führe zum Ziele und entbehe der heillosen und kostspieligen Verwirrung, welche entstehen werde, wenn auch der dritte Landtag nur zu widerstreben und Nichts auszurichten vermöge, als der Staatsregierung **Steine in den Weg zu legen!!** (Fragen: Wann gerieth denn eigentlich der Landtag mit der Staatsregierung bei Berathung innerer Angelegenheiten in Conflict — und wer war es denn, der den Landtag in seiner Wirkung gehemmt hat? —)

Durch diesen Artikel, der weiter keines Commentars bedarf, empfiehlt sich die Oldenburger Zeitung, welche bisher auf der Linken stand. Die Redaction hat dazu weiter keine Bemerkung, als: „der Leser werde gesehen haben, daß der genannte Auffas nicht von ihr sei.“ — In uns erstehen vor Erstaunen auch alle weiteren Bemerkungen, und die Leser werden sich das künftige Streben der Oldenburger Zeitung nach Obigem selbst vergegenwärtigen können. Doch, indem wir in dem Blatte zu lesen fortgefahren und gesehen haben, daß der berühmte Herr Heinrich Lambrecht die Redaction des eben „Sogenannten“ dem sehr würdigen und ehrwürdigen Herrn Dr. Lübken übertragen habe, steigt uns unwillkürlich der Gedanke auf, daß jener sehr berühmte Herr mit den Früchten seines famosen Talentes nunmehr die Oldenburger Zeitung besetzen könne, um sie dadurch zum würdigen Ebenbilde seines bis dahin von ihm sorgsam gepflegten Jögkings zu machen! Glück zu!

Concert.

Gestern Abend erfreuten uns „die 40 französischen Bergfänger“ durch ein Concert, welches unsern durch die vortheilhaftesten Beurtheilungen gespannten Erwartungen nicht entsprach, sondern — dieselben übertraf, trotzdem, daß die „**Witwirkung einiger Nastereder**“ fehlte. Nasterede 1849. Decbr. 22.

Die Kunstausstellung des Herrn Georg Diez,

(im v. Garten'schen Saale, eine Treppe hoch)

wovon wir schon in diesen Blättern sprachen, erfreut sich fortwährend des größten Beifalles der Besuchenden.

Sie ist aber auch in der That so reichhaltig und außerordentlich, so mannigfaltig und interessant, daß der Beschauer sich kaum davon trennen kann und jedenfalls vollkommen befriedigt sie verläßt. Die beweglichen Wachfiguren, in Gruppen aufgestellt, sind dem Leben so täuschend nachgebildet, daß man immer meint, sie werden einen anreden. In solcher Vollkommenheit ist unsers Wissens hier dergleichen noch nicht gezeigt worden, und wir raten allen denselben, welche diese Ausstellung, die noch etwa acht Tage dauern wird, noch nicht besucht haben, hinzugehen und sich für 12 Grote ein Vergnügen zu verschaffen, wie es vielleicht so bald nicht wieder geboten wird. Auch ist das anatomische Cabinet, das für eine Extravergrößerung von 6 Grote gezeigt wird, außerordentlich interessant und belehrend.

Der Silhouettneur J. G. Stukky,

der sich gegenwärtig in unsern Mauern befindet und täglich von des Morgens 9 bis des Abends 8 Uhr (im Hause des Fräulein Künne, Langestraße No. 14.) mit Anfertigung von Schattenbildern beschäftigt ist, leihet in seiner Kunst Lobenswerthes und ist sehr zu empfehlen. Zu bewundern ist die außerordentliche Schnelligkeit, mit welcher er die Bilder verfertigt; kaum glaubt man, daß er beginnen werde, so zeigt er einem schon das Portrait, ähnlich und sauber geschnitten, wie man es nur wünschen kann. Herr Stukky wird hier noch etwa 8—14 Tage verweilen, wer also ausgeschnitten sein will, dem raten wir, diese Gelegenheit zu benutzen, er kann es bei Herrn Stukky für 12 Grote gewahrt werden.

Warnung für alle Diejenigen, welche den mit dem letzten Gesetzblatte ausgegebenen Entwurf des Berliner Verfassungsgesetzes gelesen haben.

Es ist nicht zu leugnen, daß, wenn man den Berliner Verfassungsentwurf durchliest, ohne die Frankfurter Reichsverfassung daneben zu haben, man viele hübsche Sachen darin entdeckt, die dem Volke manche Freiheiten geben; die sich aber im Grunde von selbst verstehen, ohne daß sie durch die Gnade der Fürsten erst gewährt werden brauchten. Vergleicht man nun die Frankfurter Reichsverfassung damit, dann fällt es einem wie Schuppen von den Augen, denn das Beste ist heraus und die preussische Politik stellt sich dadurch sonnenklar zu Tage. — Dabei bleibt die preussische Po-

litik aber noch nicht stehen — das ist ihr noch lange nicht genug! Herr vonadowig hat dafür gesorgt, daß auch noch das Wenige, was in dem Berliner Entwurf dem Volke zugesichert ist, in Frage gestellt und, wenn es für nöthig befunden wird, abgeändert oder aufgehoben werden kann und muß. Die samose „Denkschrift“, welche als authentische Interpretation dem Entwurf beigegeben ist, verlausulirt denselben auf eine so perfide Weise, daß auch nicht die Probe von Volksfreiheit in dem Entwurfe übrig bleibt. Diese Denkschrift ist mit diesem Verfassungsentwurf hier nicht veröffentlicht, trotz dem, daß sie eben so wie dieser Gesetzeskraft erhalten soll. Wer sie gelesen hat, kann über das, was man aus dem deutschen Volke machen will, keinen Augenblick in Zweifel sein. Damit aber das oldenburgische Volk, von dem nur Wenige die Denkschrift kennen, auch aus diesem Zweifel herauskomme, ersuchen wir die Staatsregierung, die es doch offen und ehrlich mit dem Lande meint, diese Denkschrift, eben weil sie zu dem Entwurf gehört, ebenfalls zu veröffentlichen, damit sich jedermannlich von dem Vorhaben der preussischen Politik überzeugen könne.

Kirchliches.

Vom 21. bis 27. Decbr. sind in der Oldenb. Gemeinde:

I. Copuliert: 125) Wilhelm Peters und Helene Elisabeth Cornelius, Heil. Geistthor. 126) Christoph Hermann Alexis Friedrich Kraft und Catharine Regine Rebecca Kuhlmann, Oldenburg.

II. Getauft: 337) Louise Margarethe Gerhardine Witte, Donnerichsweg. 338) Sophie Elise Marie Henriette Gfel, Gerberhof. 339) Anna Catharine Gerhardine Nufen, Gerberhof. 340) Johann Friedrich Heder, Gversten. 341) Johann Diederich Martens, Gversten. 342) Helene Sotting, Bornhorst. 343) Friedrich Wilhelm Wilkens, Heil. Geistthor. 344) Wilhelmine Elise Helms, Haarenthor. 345) Gerhard Wohrmann, Gversten.

III. Beerdigt: 313) Almuth Mehrens geb. Joachims, Bloherfeld, 73 J. 314) Carl Gottlieb Müllershawien, Gerberhof, 36 J. 315) Wilhelmine Charlotte Auguste Bleck geb. Bleck, Oldenburg, 27 J. 316) Anna Elisabeth Wienten geb. Höyken, Oldenburg, 79 J. 317) Hilbert Wilhelm Kaiser, Oldenburg, 67 J.

Sonntag, den 30. December, predigen in der Lambertikirche

Frühpredigt:	Herr Pastor Gröning.	Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Hauptpredigt:	„ „ Greverus.	„ 10 „
Nachm.-Pred.	„ Hofprediger Wallroth.	„ 2 „

Einfendungen werden unter der Adresse:

An die Redaction des Beobachters in Oldenburg
in der Verlagsbandlung unfrankirt angenommen.

Auswärtige Bestellungen auf den nächsten Jahrgang oder das erste Quartal des „Beobachters“ bitten wir recht bald an die Großh. Haupt-Postamts-Zeitungs-Expedition zu Oldenburg gelangen zu lassen, indem sonst für die vollständige Lieferung der Exemplare nicht eingestanden werden kann.

Alle Postexpeditionen des Landes sind verpflichtet, Bestellungen auf den „Beobachter“ anzunehmen, sie können die Gelder unfrankirt an die oben genannte Expedition einfinden.

Der Pränumerationspreis des Blattes für Auswärtige ist — einschließlich des Oldenburgischen Postporto's — jährlich 2 Rthlr. — vierteljährlich 36 gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg vierteljährlich 34 gr. frei ins Haus.

Redacteur: Wilhelm Galberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postports, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Freitag, den 4. Januar 1850.

N^o 2.

Gutin, den 27. December 1849.

Von 117 oldenburgischen Residenzbewohnern ist am 9. Decbr. d. J. in Folge des bekannten Landtagsbeschlusses und desfalligen Rücktrittes des Ministeriums eine Adresse an den Großherzog gefandt, die, an und für sich nicht erwähnenswerth, jetzt dadurch Bedeutung erlangt hat, daß sie den neuernannten Ministerpräsidenten v. Buttell zum Verfasser hat. Daß v. Buttell im Frankfurter Parlament lange in der Majorität gewesen, daß er seinen Platz als Abgeordneter verlassen, nachdem er nicht mehr zur Majorität gehörte, daß er dann, nachdem der König von Preußen den Besonnenen die dargebotene Kaiserkrone höhncnd vor die Füße geworfen, nach Gotha gewandert, und nachdem er sich hier mit den Besonnenen besonnen, nach Oldenburg geeilt und dort den Ruhm und die Herrlichkeit des Dreikönigsbündnisses verkündet — das Alles war auch hier in dem fernem Theile Oldenburgs sehr wohl bekannt und gewürdigt. Daß aber v. Buttell sich schon so weit besonnen, das richtigste Fundament unserer Verfassung, die Kammermajorität, in ihrer Bedeutsamkeit zu leugnen, das hat uns in dem Augenblicke tief schmerzen müssen, wo wir v. Buttell an der Spitze unserer Staatsregierung wiedersehen.

In der erwähnten Adresse wird gesagt, der Großherzog möge sich durch die Abstimmung des allgemeinen Landtages nicht beirren lassen, denn die kleine Mehrheit sei nicht von gleichartiger Beschaffenheit, auch sei durch diese Mehrheit die wahre Meinung und Ansicht des Landes nicht ausgedrückt worden.

Wir begreifen diese Aeußerungen, wir begreifen die ganze Adresse nicht, wenn wir uns ihre Verfasser und Unterzeichner als constitutionelle Männer denken sollen. Sollte ein Engländer sich wohl je dazu hergegeben haben, den König zu bitten, ein Minoritätsministerium zu wählen, und somit Partei zu ergreifen; sollte wohl

je ein Engländer sagen mögen, die Majorität sei nicht die Stimme und Ansicht des Landes? In einem wahren constitutionellen Staate, das hätten Herr v. Buttell und Genossen sich merken sollen, steht der Fürst über den Parteien; er regiert, und wählt sein Ministerium nicht nach Willkühr, Laune und Adressen, sondern nach dem Willen des Volkes, wie diese sich in den Kammerabstimmungen herausgestellt hat. Der Fürst ist unverantwortlich, das Ministerium ist verantwortlich — dem Volke. Der Fürst darf deshalb nicht unverantwortlich handeln, sondern das Ministerium muß handeln verantwortlich! — Louis Philipp stürzte, weil er unverantwortlich selbst regierte, Guizot fiel, weil er die Stimme des Volkes nicht achtete. Doch, das haben uns ja die Gothaer in kühneren Tagen schon selbst gesagt.

Wir weisen hier schließlich nur noch auf die praktischen Folgen der erwähnten Adresse hin. Was würden ihre Unterzeichner sagen, wenn sie einmal als Volkvertreter einen Beschluß mit einigen Stimmen durchgebracht. Wir fragen, was würden sie sagen, wenn dann die Hofdiener, der oldenburgische „Sogenannte“ und noch einige Hoflieferanten den Großherzog unterthänigst ersuchten, er möge sich doch nicht beirren lassen durch diese Abstimmung, sie beweise nicht die wahre Meinung des Landes; — und wenn dann, über die wahre Meinung des Volkes beirrt, das Staatsoberhaupt von der Abstimmung im Landtage absieht, — wir fragen, wollen die Herren dann etwa mit Märtyrermiene sagen, die Palme des Patriotismus gebühre dem, der sich in die Umstände füge?

Wir aber, die wir uns noch nicht anders besonnen haben, sagen: Wer solche Adressen unterzeichnet, der bietet die Hand, die Constitution zu einer Scheinconstitution herabzudrücken — und daß Dieses nicht geschehen möge, dafür rufen wir jeden Freund unserer Constitution zur Wacht!